

Brennpunkt IRAK

Dr. Christian Koch

Krieg gegen den Irak: Chancen und Gefahren aus der Sicht Kuwaits und den anderen Golf-Staaten

Ein Jahrzehnt nach dem Überfall Irak auf das kuwaitische Emirat und der darauffolgenden Befreiung Kuwaits durch eine von den USA angeführte Staatengemeinschaft wird die Golfregion erneut von einem möglichen Krieg bedroht. Diesmal besteht die Gefahr nicht aufgrund einer Aggression Iraks, sondern in einem von den USA geführten Feldzug zur Gewährleistung der entgeltigen Entwaffnung des waffen-strotzenden Iraks. Gleichwohl stellt dieses Szenario die Region vor unvorhersehbare Folgen und weitreichende Auswirkungen. In gewisser Hinsicht ist der bevorstehende Krieg noch viel beunruhigender für die Regierungen der Golfstaaten als der erste Golfkrieg 1991/2. Denn während dieser erste Krieg nur dazu diente den *status quo ante* wiederherzustellen, die irakischen Truppen aus Kuwait zu vertreiben, die Souveränität Kuwaits wiederherzustellen und die hegemonischen Ambitionen Iraks einzudämmen, geht es diesmal um weit mehr. Es geht nicht nur um eine grundlegende Veränderung der bestehenden Machtkonstellation in der Region, sondern auch um einen möglichen Wandel der jetzigen innenpolitischen Machtstrukturen.

Gerade aus diesem Grund sehen die Herrschereliten des Golfes den derzeitigen Entwicklungen mit großer Besorgnis entgegen. Vorweg ist folgendes klarzustellen: Von keiner Regierung der Staaten des Golf-Kooperationsrates (GCC – Bahrain, Kuwait, Oman, Katar, Saudi-Arabien und die Verreinigten Arabische Emirate) wird das Regime *Saddam Husseins* gutgeheißen. Alle sehen in Irak eine Bedrohung der Sicherheit und Stabilität der Golfregion an und befürworten einen Regierungswechsel in Bagdad. Dennoch haben sich die meisten Staaten gegen einen Krieg ausgesprochen, da sie die möglichen Konsequenzen einer militärischen Auseinandersetzung mehr fürchten als das Überleben der Regierung von *Saddam Hussein*.

Für diese Haltung gibt es mehrere Gründe. Erstens, ist anzunehmen ein Krieg wird zur langfristigen Stationierung amerikanischer Truppen in Irak führen und folglich den USA eine noch grössere Einflussnahme auf die inneren Angelegenheiten der erwähnten Staaten gestatten. Zweitens, besteht ein allgemeines wachsendes Misstrauen, auch innerhalb der Bevölkerung, über die wahren Ziele der USA. Kaum jemand nimmt es der *Bush* Administration ab, der angestrebte Irak-Krieg diene lediglich der Abrüstung des Regimes von *Saddam Hussein*. Eher wird vermutet, die USA verfolgen langfristige Ziele, vor allem die Kontrolle über die grossen irakischen Erdölquellen sowie die Gewährleistung der Sicherheit Israels. In diesem Zusammenhang wird immer die Frage gestellt, warum die USA gerade jetzt einen Krieg beginnen wollen, wo doch die Eindämmungspolitik der letzten zwölf Jahre Irak einigermaßen im Schach hielt, und es heute wichtigere aussenpolitische Herausforderungen gibt, wie z.B. die Kampagne gegen den internationalen Terrorismus. Drittens, herrscht aber auch Verzweiflung über die eigene Ohnmacht in den Lauf der Ereignisse eingreifen und sie mitbestimmen zu können. Die Golf-Staaten mussten sich mit der Erhebung verbaler Einsprüche begnügen, ohne diese aber durch

praktische Schritte und Lösungsvorschläge zu untermauern. Alle diese Erwägungen tragen zu der derzeitig ambivalenten Haltung der Golf-Staaten gegenüber dem brisanten Irak Problem bei. Dennoch gibt es Unterschiede in den diesbezüglichen Auffassungen der einzelnen Staaten, wie die nachstehende Betrachtung verdeutlicht.

Der Irak aus der Sicht von Kuwait

Kuwait ist von einem Feldzug gegen den Irak in mehrerer Hinsicht besonders betroffen. Massgebend ist die Erinnerung an den vorhergegangenen Krieg und die Tatsache, dass viele der Vergehen und Missbräuche, die vom irakischen Militär verübt wurden, noch frisch im Gedächtnis der Kuwaitis erhalten sind. Zwar sind die Zerstörungen während der sechsmonatigen Besatzungszeit längst beseitigt. Dort wo vor zwölf Jahren Verwüstung vorherrschte, stehen heute prachtvolle neue Einkaufszentren, wurden breit asphaltierte Highways gebaut oder entstehen luxuriöse Promenaden mit den dazugehörigen Hochhäusern. Der heutige Besucher Kuwaits muss schon lange suchen um noch Spuren des Golfkrieges von 1990-1991 zu finden.

Ein ganz anderes Bild ergibt jedoch der Blick auf die psychologischen Folgen dieses Krieges. Die Tatsache, dass *Saddam Hussein* nicht entmachtet wurde, nährt den Verdacht und die Befürchtung, Irak würde die erste günstige Gelegenheit zu einem erneuten Angriff auf das kleine Emirat nutzen. Zudem ist der Erste Krieg für viele Kuwaitis noch nicht beendet. Noch immer bleibt das Schicksal von 605 kuwaitischen Staatsbürgern, die während des Rückzugs der irakischen Truppen verschleppt wurden, ungeklärt. Es wird vermutet, dass noch einige als Kriegsgefangene in irakischen Gefängnissen festgehalten werden. Die Mehrzahl dürfte jedoch in den letzten zwölf Jahren umgekommen sein. Der Irak streitet diesen Vorwurf vehement ab, verweigert aber jegliche Bereitschaft dieses ruchlose Kapitel des Krieges aufzuarbeiten und aus der Welt zu schaffen. Da Kuwait eine kleine, engmaschige Gesellschaft darstellt, kennen fast alle Bürger Familien, die von diesem Schicksal direkt betroffen sind. Es ist noch immer ein sehr emotions-geladenes Thema, und ehe hier Klarheit geschaffen wird, ist es schwer die Reaktion Kuwaits auf einen möglichen Zweiten Golfkrieg präzise vorauszusagen.

Jetzt droht eine erneute kriegerische Auseinandersetzung das Emirat wieder in eine Krise mit unvorhersehbaren Folgen hineinzuziehen. Entscheidend hierfür ist der Umstand, dass das Emirat Kuwait als Aufmarschgebiet der US Truppen für einen Angriff auf Irak dienen soll. Es könnte daher sehr leicht zum Schauplatz möglicher kriegerischer Auseinandersetzungen werden. Zum einen besteht die Gefahr, *Saddam Hussein* könnte im Verlauf eines amerikanischen Angriffs die chemischen und biologischen Waffen, über die er wahrscheinlich verfügt, gegen das Emirat einsetzen. Das würde eine humanitäre Katastrophe auslösen. Zum anderen besteht die Möglichkeit Irak könnte einige seiner konventionellen Kurzstreckenraketen auf Kuwait abzufeuern. Auch das würde zu Zerstörungen und menschlichen Verlusten führen. Der irakische Stellv. Ministerpräsident Tariq Aziz kündigte im Januar 2003 an, Irak würde im Falle eines Angriffs von kuwaitischen Boden Vergeltung üben. Beide Szenarien beunruhigen und verunsichern Kuwait sehr, zumal man bezweifelt, dass die USA im Ernstfall imstande sind solche Repressalien Iraks ganz verhindern zu können.

Angesichts dieser direkten Bedrohung durch den Irak befürwortet die gesamte kuwaitische Gesellschaft einhellig die Entmachtung *Saddam Husseins* und den von den USA angestrebten Regimewechsel. In Kuwait ist man überzeugt, solange *Saddam Hussein* in Bagdad an der Macht bleibt, stellt Irak eine latente Gefahr für das Land dar. Für die regierende al-Sabah Familie bedeutet somit ein Regimewechsel in Irak nicht nur grössere Sicherheit für das eigene Land, sondern auch die Möglichkeit sich wieder mehr mit konstruktiveren Problemen und Herausforderungen beschäftigen zu können. Auch die traditionell einflussreiche

Kaufmannsschicht in Kuwait kann von ihm im Hinblick auf die erwartete Öffnung des noch mit Sanktionen belegten Marktes in Irak und auf lukrative wirtschaftliche Perspektiven im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau des Landes nur profitieren. Aufgrund dieser Erwartung stiegen bereits die Grundstückspreise entlang der irakischen Grenze erheblich in den letzten Monaten und auch die kuwaitische Börse konnte kräftige Kursanstiege verzeichnen. Über eines kann kein Zweifel bestehen: In Regierungskreisen aber auch seitens der Bevölkerung im allgemeinen würde die Nachricht eines Sturzes *Saddam Husseins* mit grosser Erleichterung und tiefen Aufatmen aufgenommen werden.

Gleichzeitig sieht man aber auch dem Tag nach *Saddam Hussein* mit berechtigter Sorge entgegen. Zu einem besteht die Möglichkeit, dass auch eine Nachfolgeregierung im Irak erneut territoriale Ansprüche auf kuwaitisches Staatsgebiet stellen könnte. Die in Irak übliche Bezeichnung Kuwaits als 19. irakische Provinz geht nicht erst auf die Regierung *Saddam Husseins* zurück, sondern stammt schon aus Zeiten, als Bagdad noch Bestandteil des Osmanischen Reiches war. Auch eine neue irakische Regierung dürfte sich schwer tun die von den Vereinten Nationen festgelegten Grenzen widerspruchslos zu akzeptieren.

Andererseits bleibt zweifelhaft, wie schnell eine stabile, demokratische und von der Mehrzahl der irakischen Bevölkerung getragene Regierung errichtet und abgesichert werden kann. Mit Recht wird befürchtet, in Irak würde es zu einer allgemein instabilen innenpolitischen Situation kommen, die auch die Stabilität Kuwaits in Mitleidenschaft ziehen könnte. Dass man hinsichtlich der künftigen Entwicklung des irakischen Staates sehr skeptisch ist, hat auch mit der in Kuwait oft gestellten Frage zu tun, wie ernst es die Amerikaner wirklich mit der Entmachtung *Saddam Husseins* meinen. Im März 1991 rief *George Bush Sr.* die kurdische und shiitische Minderheiten in Irak zum Aufstand gegen das Baath Regime auf. Die USA versagten jedoch dem erfolgten Aufstand, der von *Saddam Hussein* blutig niedergeschlagen wurde, jegliche aktive Unterstützung. Dieser Rückzieher der USA ist in Kuwait noch frisch in Erinnerung. Deshalb befürchtet man heute eine eventuelle Wiederholung dieser widerspruchsvollen Politik Washingtons, und zwar entweder in Form eines Rückzugs der USA Armee kurz vor den Toren Baghdads oder - noch schlimmer - eines Übereinkommens zwischen Irak und den USA, das es *Saddam Hussein* ermöglichen würde weiter an der Macht zu bleiben. Es ist zwar sehr unwahrscheinlich, dass es tatsächlich zu einem dieser zwei Szenarien kommen könnte, doch sind sie Gegenstand heftiger Diskussionen in Kuwait.

Obleich der Sturz *Saddam Husseins* von der ganzen kuwaitischen Gesellschaft herbeigeseht wird und die harte Linie der USA Zuspruch findet, tut sich eine nicht zu unterschätzende Kluft auf, die durch einen wachsenden Anti-Amerikanismus gekennzeichnet ist. Die Bitterkeit gegenüber *Saddam Hussein* ist insbesondere in der jüngeren Generation Kuwaits nicht mit einer bedingungslosen Unterstützung der USA Politik gleichzustellen. Immer häufiger wird diese infrage gestellt. Insbesondere die pro-israelische Haltung Washingtons und die zunehmende Einmischung der USA in die innenpolitischen Verhältnisse Kuwaits sind Ziel von Kritik. Zudem überwiegt die Meinung, hinter dem von den USA geplanten Angriff auf Irak stehen rein imperialistische Beweggründe. Viele Kuwaitis vertrauen daher den USA nicht mehr und sind überzeugt, dass kuwaitische und amerikanische Interessen bereits erheblich auseinanderklaffen. Dieses Misstrauen dürfte im Nachfeld eines Irak-Krieges nur noch zunehmen, einerseits aufgrund der hohen Präsenz des US-Militärs im Nachbarland und andererseits weil Washington nicht genügend Druck auf Israels ausübt, um eine gerechte und dauerhafte Lösung der Palästina-Frage herbeizuführen. Somit kann mit einem weiteren Anstieg des Anti-Amerikanismus im Lande gerechnet werden.

Entscheidend für die Entwicklung der weiteren Stimmung in Kuwait wird der Verlauf des Krieges selbst sowie die zukünftige Regierungsbildung in Irak sein. Insofern dienen die Folgen des ersten Golfkriegs als Beispiel für die erwähnte zwiespältige Einstellung. Auf der einen Seite führte dieser Krieg zu realen Veränderungen, wie z.B. der Wiedereinrichtung des kuwaitischen Parlaments und dem Abschluss eines engen Verteidigungsbündnisses mit den USA. Auf der anderen hatte die Vertreibung der irakischen Truppen weder den Sturz von *Saddam Hussein* noch eine grundlegende Demokratisierung im eigenen Lande zur Folge. An den innen- und aussenpolitischen Verhältnissen änderte sich demnach nur wenig. Die Bedrohung von aussen blieb erhalten. Innenpolitisch konnten die islamischen Kräfte die Stunde nutzen und ihre Position als konservative Kraft wesentlich stärken. In Kuwait stehen im Sommer 2003 Parlamentswahlen an, deren Ergebnis sicher von dem Ausgang der derzeitigen Irak-Krise entscheidend beeinflusst sein wird. Die Einrichtung einer säkularen, überwiegend liberalen Regierung in Bagdad würde zwar den konservativen Argumenten bez. der imperialen Ziele der amerikanischen Politik Wind aus den Segeln nehmen, andererseits aber der Befürchtung Platz machen, diese demokratische Entwicklung könne auf das eigene Land überschwappen. Sollte jedoch die Demokratisierung Iraks in Schwierigkeit geraten, dürften sich die konservativen Kräfte in Kuwait bestätigt fühlen und ihren Druck auf eine gegen jegliche Einmischung fremder Staaten gerichtete Politik verstärken.

Der Irak aus der Sicht der anderen Golfstaaten

Die Befürchtungen in den anderen fünf Golf-Staaten decken sich weitgehend mit denen Kuwaits. Dennoch gibt es gewisse Unterschiede. Diese Staaten weigern sich bisher einem militärisches Vorgehen zur Ablösung *Saddam Husseins* zuzustimmen. Deren Regierungen beschlossen nicht offen die Politik der USA zu befürworten. Zwar hegen die diese Staaten regierenden Herrschaftseliten und breite Teile der einheimischen Bevölkerung keine Sympathie für *Saddam Hussein*. Insgeheim sind sie für einen Regimewechsel in Bagdad. Dennoch lehnen sie einen Schlag der USA gegen Irak aus verschiedenen Gründen ab.

Die Regierungen dieser fünf Länder befürchten vor allem ein Auseinanderbrechen Iraks nach dem Krieg, in Abwesenheit einer starken Zentralregierung. Wie in Kuwait herrscht in ihnen wenig Vertrauen in die Bereitschaft der USA, sich mit dem nötigen Willen und den erforderlichen Hilfsmitteln langfristig für Wiederaufbau und Errichtung einer stabilen Ordnung in Irak zu engagieren. Auch besteht eine zweifache Angst, zum einen, dass diese Entwicklung und der vorhergehende Krieg den extremen Fundamentalismus in den eigenen Ländern stärken und ihm Zulauf verschaffen würde. Zum anderen aber auch die Befürchtung, die auch in Regierungskreisen Kuwaits geteilt wird, der in Irak eingeleitete Demokratisierungsprozess könnte die Vormachtstellung der eigenen, alles weniger als demokratisch herrschenden, Eliten gefährden. Im Hinblick auf diese Gefahren wird ein geschwächter Irak, selbst wenn er über einige Massenvernichtungswaffen unter *Saddam Hussein* verfügt, als kleineres Übel empfunden als eine kriegerische Auseinandersetzung, die in den fünf Golfstaaten politischen Chaos und wirtschaftlichen Niedergang verursachen würde. Aus der Sicht Bahreins, Omans, Qatars, Saudi Arabiens und den VAE ist der derzeitige *status quo* bzw. ein geschwächter Irak den Konsequenzen einer kriegerischen Auseinandersetzung, die destabilisierende Konsequenzen auslösen würde, vorzuziehen.

Auf weitere Befürchtungen muss noch verwiesen werden. Irak wird zwar als latente Bedrohung wahrgenommen, aber als mächtiges arabisches Nachbarland wird es auch als Gegengewicht zu der noch grösser eingeschätzten Gefahr seitens des Iran gesehen. Ein Ausscheiden Iraks – wenn auch nur für kurze Zeit - aus dem regionalen Machtverhältnis würde – so fürchtet man - ein Vakuum herbeiführen, das von dem mächtigen Iran zur Verfolgung eigener hegemonialer Ziele ausgenutzt werden könnte. Ferner beurteilen die GCC Staaten sehr misstrauisch die

Konsequenzen eines Krieges auf die künftige Versorgung der Welt mit Erdöl. Aus ihrer Sicht hat die noch immer bestehende internationale Sanktionspolitik nicht nur verheerende Folgen für die Zivilbevölkerung, sondern auch für die Wirtschaft Iraks im allgemeinen. Das wird zwar öffentlich bedauert. Irak bleibt jedoch das Land mit den zweitgrössten Erdölreserven der Welt und als solches wird es auch nach einem Regimewechsel eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen. Ein höheres Produktions- bzw. Exportvolumen Iraks – erforderlich für den Wiederaufbau des Landes nach dem Krieg – würde sich sicher negativ auf den internationalen Ölpreis auswirken und die Einnahmen der einzelnen Golfstaaten schmälern.

Ebenso wie in Kuwait überwiegt auch in den fünf anderen Staaten des GCC eine resignierte Stimmung in Bezug auf den Beginn des Krieges und man gibt sich diesbezüglich keinen falschen Hoffnungen hin. Man ist sich der eigenen Schwäche und Unfähigkeit bewusst die weitere Entwicklung beeinflussen zu können, denn von so einer Beeinflussung auf die amerikanische Irak-Politik kann kaum die Rede sein. Zwar erntete der amerikanische Vizepräsident *Dick Cheney* auf seiner "Golf-Tour" im März 2002 heftige Kritik in Sachen der USA Nahostpolitik. Er erhielt nicht die gewünschten Zusagen für ein gemeinsames Vorgehen gegen Irak. Aber nachher versiegte der Druck der GCC Staaten, und die USA konnten ihre auf Konfrontation angelegte Strategie ungestört weiter verfolgen. Sowohl die Regierungen als auch die allgemeine Bevölkerung sind sich einig, dass der Krieg der USA gegen Irak vorprogrammiert und eine beschlossene Sache ist, dass die entsprechenden Entscheidungen hierfür schon festliegen und vor einiger Zeit getroffen wurden und Washington nicht gewillt ist den Krieg viel länger hinauszuschieben. Das derzeitige politische Gerangel um die Waffeninspektionen und die Diskussion über eine weitere, die Resolution 1441 ergänzende Resolution des Weltsicherheitsrat wird lediglich als kosmetische Augenauswischerei betrachtet um den kriegesischen Vorbereitungen einen Hauch Legitimität zu verleihen. Die diesbezügliche Feststellung des katarischen Aussenministers Hamad Bin Jassim Al-Thani, die GCC Staaten seien machtlos um einen Krieg gegen den Irak zu verhindern, verdeutlicht die allgemein sehr nüchterne Einschätzung der Situation. Eine in diesem Zusammenhang nicht unbedeutende Rolle spielt auch die Tatsache, dass diese Staaten selbst nicht in der Lage waren, während der vergangenen zwölf Jahren seit dem Ende des Ersten Golfkrieges eine politische Initiative bzw. eine friedliche Alternative zur Lösung des Irak-Problems zu präsentieren.

Das Nichtvorhandensein einer aktiven Teilnahme zwecks Lösung des leidigen Irak-Problems ist im wesentlichen auf die dies betreffende Uneinigkeit der Staaten selbst zurückzuführen. Die Herrschereliten sind sich in Hinsicht auf einen möglichen Krieg gegen den Irak zwar einig was zu vermeiden ist, bleiben aber zerstritten bez. der Frage wie dem bevorstehenden Krieg begegnet werden soll. So bleiben die Golfstaaten Zuschauer in einer Krise, deren direkte kurz- und langfristige Auswirkungen sie in erster Linie zu spüren bekommen werden. Aufgrund dieser komplexen und ambivalenten Interessenslage betrieben die GCC Staaten bisher eine Art "Scheuklappenpolitik" gegenüber Irak, in der Hoffnung die negativen Auswirkungen eines Krieges auf die eigene Sicherheit und Wirtschaft würden sich in Grenzen halten. Die Einschätzung dürfte daher nicht fehl gehen, dass sich selbst nach einem Angriff der USA, der den Sturz von *Saddam Hussein* und die Bildung einer demokratischen Regierung in Bagdad zur Folge haben würde, wenig an den grundlegenden Beziehungen zwischen den GCC Staaten und Irak ändern dürfte. Die angedeutete ambivalente Haltung wird auch in Zukunft das Verhältnis zu diesem Land kennzeichnen.

Von Christian Koch, Leiter der Abteilung für strategische Studien,
Zentrum für strategische Studien und Forschung, Vereinigte Arabische Emirate Abu Dhabi